

**Rede: Parlamentarische Enquete des Bundesrates zum Thema  
"Die Zukunft der Pflege: Schaffbar, sichtbar, leistbar"  
am 5. April 2017**

Dr. Tobias Thomas, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin, sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Bundesminister, Bundesräte und Nationalräte, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Thema Pflege ist ein wichtiges Zukunftsthema, daher danke ich Ihnen für die Möglichkeit, einige Punkte aus Sicht eines Ökonomen anzusprechen. Eine rein fiskalische Betrachtung greift allerdings bei der Pflege zu kurz – zu sehr berührt uns alle das Thema: sei es als Kinder oder Enkelkinder von Pflegebedürftigen oder als künftige Pflegebedürftige selbst. Allerdings: Ohne eine fiskalische und ökonomische Betrachtung kann die Pflege nicht nachhaltig gestaltet und zukunftsfit gemacht werden.

Meine Damen und Herren, häufig werden Reformen erst dann angestoßen, wenn die Krise schon voll im Gange ist. Im Pflegebereich gibt es in Österreich derzeit keine Krise und ich wünsche eine solche Krise weder Österreich, noch den Bundesländern, noch den Pflegebedürftigen und ihren Familien. Bis zu einer Krise muss man allerdings auch nicht warten! Erneuerungen und Reformen können auch zustande kommen, wenn man offen nach besten Lösungen sucht und dabei auch von gelungenen Beispielen lernt: durch internationale Vergleiche oder gerade auch im Föderalismus. Die heutige Enquete ist daher ein guter Weg, sich bereits heute Gedanken zu machen und in einem offenen Diskussionsprozess nach guten Lösungen zu suchen.

In Österreich ist der Anteil der informellen Pflege, also die Pflege durch Ehepartner, Verwandte, Freunde etc., recht hoch. Nach Studien liegt er bei 70-80 Prozent. Angehörige spielen also eine wichtige Rolle – auch ein Grund für die derzeit relativ geringen Pflegekosten in Österreich. Aus dieser Sicht war es daher ein sinnvoller Schritt, Pflegekarenz und Pflegezeit einzuführen. Allerdings muss es nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesellschaftlich möglich sein, Unterstützung anzunehmen – falschverstandenes Heldentum oder Scham sind fehl am Platz. Um dem Thema Pflege gerecht zu werden, ist ein offener gesellschaftlicher Diskurs notwendig. Was bei der Kinderbetreuung in Hinblick auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelungen ist, steht uns bei der Pflege im weitesten Teilen noch bevor. Bei der Pflege gibt es derzeit im Hinblick auf die Finanzierung in Österreich keinen Grund für Schwarzmalerei und Katastrophismus: sie ist derzeit leistbar – aber bleibt sie es?

### 1) *Langfristige Kostenentwicklung*

Im internationalen Vergleich steht Österreich in Sachen öffentliche Ausgaben bei der Pflege noch sehr gut da. Hierzulande werden etwa 1,3% des BIP für Pflege ausgegeben. Damit liegt Österreich knapp unter dem EU-Schnitt. Die relativ niedrigen Kosten sind jedoch nicht in Stein gemeißelt. Nach Berechnungen von EcoAustria werden bei Beibehaltung der aktuellen Pflegestrukturen, d.h. dem Verhältnis von formeller und informeller Pflege sowie stationärer und ambulanter Pflege, die Ausgaben bis zum Jahr 2060 auf 2,9% des BIP steigen – das ist bereits mehr als eine Verdoppelung im Vergleich zu heute.

Ob es dabei bleibt, ist jedoch fraglich. Die Treiber der Kostenentwicklung im Pflegebereich sind insbesondere der demographische Wandel und mögliche Lohnsteigerungen im Pflegebereich:

Im Bereich der 24Stunden-Pflege stammen mehr als 80% der Pflegekräfte aus Rumänien und der Slowakei. Und seit 2005 haben sich die Löhne in diesen Ländern mehr als verdoppelt. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen und sich zudem der Anteil der formellen und der stationären Versorgung dem EU-Schnitt annähern, würden sich die Ausgaben für die Pflege in Österreich bis 2060 nicht nur verdoppeln, sondern sogar mehr als verdreifachen.

Und der demografische Wandel trifft Österreich bei der Pflege doppelt. Es gibt sozusagen eine doppelte Kostenfalle:

Zum einen führt die gestiegene Lebenserwartung zu mehr Älteren und – Gott sei Dank – auch zu mehr gesunder Lebenszeit, die wir glücklich genießen können. Allerdings steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen und die Pflegeausgaben steigen in den letzten Lebensjahren massiv an.

Hinzu kommt, dass in Österreich der Anteil der informellen Pflege, u.a. auch durch die Kinder, sehr hoch ist. Und Kinder bekommen wir nach wie vor sehr wenige. Die Fertilitätsrate ist in Österreich niedrig und liegt mit 1,5 Kinder pro Frau unter dem EU-Schnitt. Weniger Kinder bedeuten aber wiederum weniger informelle Pflege und das lässt die Kosten weiter steigen.

Die langfristig steigenden Kosten in der Pflege – sei es durch die Demografie oder sei es durch Lohnanpassungen – werden es notwendig machen, über die langfristige Finanzierung der Pflege erneut nachzudenken. Dabei können auch Versicherungslösungen eine Rolle spielen, denn die Abgabenquote ist in Österreich bereits heute sehr hoch.

### *2) Verteilung der Pflegefondsmittel sachgerechter gestalten*

In Österreich gibt es im EU-Vergleich eine starke Präferenz für die Pflege bei den Pflegebedürftigen zu Hause. Hinzu kommt, dass laut Pflegevorsorgebericht stationäre Betreuung rund siebenmal so teuer wie mobile Betreuung ist. Somit trägt die häusliche Pflege zu einer deutlichen Kostendämpfung bei. Das Prinzip des Pflegefondsgesetzes „ambulant vor stationär“ hat also durchaus Berechtigung – auch wenn dieser Vorrang derzeit noch zu vage formuliert ist. Die Verteilung der Pflegefondsmittel nach der Bevölkerungszahl missachtet hingegen die unterschiedliche Altersstruktur der Bundesländer. Sie ist daher nicht sachgerecht. Hier wären Anpassungen z.B. eine Verteilung nach der Zahl der Pflegebedürftigen, sinnvoll.

### *3) Effizienzvergleich und voneinander lernen ermöglichen*

Die Suche nach den besten Lösungen und „voneinander lernen“ sind wichtige Zugänge zur Erkenntnis – gerade im Föderalismus. Voraussetzung hierfür ist Transparenz. EcoAustria hat in seinem Bundesländer-Benchmarking auf Basis der

Pflegedienstleistungsstatistik 2015 berechnet, dass die Kostenunterschiede zwischen den Bundesländern enorm sind. Dass ein durchschnittlicher Pflegefall in der stationären Pflege in einem Bundesland mit 12.800 Euro pro Jahr zu Buche schlägt, in einem anderen jedoch mit 37.000 Euro ist trotz aller Unterschiede schwer nachvollziehbar.

Um wirklich voneinander lernen zu können, muss man jedoch neben den Kosten auch die Qualität in den Blick nehmen. Meine Damen und Herren, vor einer möglichen Diskussion um einheitliche Qualitätsstandards muss zu allererst eine einheitliche Indikatorik für die Messung der Qualität in der Pflege entwickelt und verbindlich eingesetzt werden – und das sowohl für den häuslichen als auch für den stationären Bereich. Ohne Transparenz in Sachen Kosten und Qualität kann ein Wettbewerb um die besten Lösungen und ein voneinander lernen nicht sinnvoll stattfinden.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Thema Pflege ist unsere Zukunft! Wenn es uns gelingt, eine gesellschaftliche Diskussion zu diesem Thema offen zu führen, dann bin ich mir sicher, dass wir die besten Lösungen finden werden und uns auch künftig um das Thema keine Sorgen machen müssen.

Handlungsbedarf besteht nach wie vor: Im Sinne des „voneinander lernen“ ist es notwendig Transparenz sowohl im Hinblick auf die Pflegequalität als auch im Hinblick auf die Kostenunterschiede zu schaffen. Hierzu ist eine einheitliche Messung der Pflegequalität notwendig. Auf dieser Basis könnte mittelfristig die regionale Planung besser erfolgen. Notwendig sind aber auch eine realistische Einschätzung der langfristigen Kostenentwicklung im Pflegebereich und Maßnahmen zu ihrer Finanzierung. Insgesamt muss gemeinsam mit den Bundesländern eine Strategie zur langfristigen Finanzierung der Kosten im Pflegebereich entwickelt werden. Dabei können auch Versicherungslösungen eine Rolle spielen.

Vielen Dank!